

Homoehe auch für LuxemburgerInnen

Wäre er schon gestorben, hätte er sich sicherlich im Grabe gedreht, der belgische Kardinal Gustaaf Joos (80), der noch vor einer Woche die übergroße Mehrheit von denen, die sich als homosexuell bezeichnen, als "sexuell pervers" beschimpfte. Doch noch lebt er. Und wie er auf diese Meldung in seinen kirchlichen Gemächern reagiert haben muss, lässt sich nur dunkel erahnen. Die belgische Justizministerin Laurette Onkelinx wird nun auch Homo-Ehen mit AusländerInnen erlauben. Dabei hatte ihr Vorgänger Marc Verwilghen noch kurz vorm Amtswechsel klargestellt, dass belgische Lesben und Schwule nur einen Partner aus einem Land heiraten dürfen, das ebenfalls die Homo-Ehe anerkennt. Und damit waren im Grunde nur die Niederlande gemeint. Nun will Onkelinx diese Regelung bereits zum 6. Februar lockern. Einzige Einschränkung: Ein Partner muss die belgische Staatsangehörigkeit besitzen oder rechtmäßig in Belgien wohnen. Auch wenn das nicht so ganz die Wünsche Homosexueller hierzulande erfüllt, ohne Zutun der Luxemburger Regierung rückt damit die Gleichberechtigung Homosexueller im Herzogtum zumindest einen klitzekleinen Schritt näher. Muss sich nur noch ein schnuckeliger Schwuler oder eine liebenswerte Lesbe in Belgien finden - dann können auch LuxemburgerInnen in den Genuss gleichgeschlechtlicher Ehen kommen.

Teufelsaustreibung à la Luxair

Weit hat er sich aus dem Fenster gelehnt: Marc Gerges, Luxair-Pressesprecher holt in einem Télécraan-Interview weit aus, um gegen seine Piloten der Luxair loszuwettern. Die Herren der Lüfte hätten ein "okkultes System" etabliert, sich einen "Staat im Staate" gebaut. Dass mit dem Informationsfluss der Luxair etwas faul ist, ist nicht neu, hat doch die Chefetage sich selbst nicht gerade mit Ruhm bekleckert. Wir erinnern uns: Als in der Zeit nach dem Flugzeugabsturz, der 20 Menschen das Leben kostete, jegliche kritische Nachfrage systematisch abgeblockt wurde. Doch von mehr Transparenz ist auch nach der Veröffentlichung des Unfallberichts nichts zu spüren. Und die Salamitaktik wird fortgesetzt: Noch immer weiß keiner, was den sechs entlassenen Piloten - allesamt nicht am Unglücksflug beteiligt - außer okkulter Praktiken konkret vorgeworfen wird. Télécraan berichtet in seiner aktuellen Ausgabe zudem von einem Vorfall, bei dem Piloten, die ihre vorgeschriebenen Ruhezeiten einhielten, sanktioniert worden seien. Auch diesen Fall will Luxair offenbar weder bestätigen noch dementieren. Es sei schwierig, "im Nachhinein unternehmensintern den Wahrheitsgehalt zu überprüfen". Soll da eineR mal aus Fehlern lernen.

Jubelkongress bei Déi Lénk

In seiner Eröffnungsrede zum Wahlkongress von Déi Lénk am vergangenen Sonntag zitierte André Hoffmann das Einheitsfrontlied von Bertolt Brecht: "Und weil der Mensch ein Mensch ist, drum hat er Stiefel im Gesicht nicht gern! Er will unter sich keinen Sklaven sehn und über sich keinen Herrn." Es gebe zwar keine Sklaven mehr, doch Massenentlassungen wie bei Villeroy zeigten, dass es noch immer Herren gebe. Ziel von Déi Lénk sei, die Logik des kapitalistischen Systems zu überwinden, weil dieses auf dem Prinzip Ungleichheit aufgebaut sei. Mit dieser Zielvorgabe nimmt Déi Lénk einen Sonderplatz in der politischen Landschaft ein, den sie allerdings mit der KP teilen muss. Die Idee einer Einheitsfront der radikalen Linken dürfte mit diesem Kongress, der KP-lose Wahllisten absegnete, endgültig begraben sein. Bei der Programmdiskussion gaben weder das Verhältnis zur KP noch inhaltliche Fragen Anlass zu wirklichen Konfrontationen. Am Ende wurde das Wahlprogramm einstimmig verabschiedet - nicht einmal eine Enthaltung gab es zu vermelden. In puncto Parität bleiben Déi Lénk leicht hinter den Grünen zurück. Wie diese stellen sie elf Kandidatinnen im Süden, im Zentrum dagegen kandidieren nur acht Frauen (für 21 Mandate). Das Wahlprogramm reduziert sich, trotz einer gelungenen Überarbeitung, vor allem auf einen Forderungskatalog. Bei einer Partei, die sich tiefgreifende Veränderungen zum Ziel setzt, ist das Fehlen einer klar formulierten politischen Strategie umso störender.

*François Diderrich
ist Präsident
der Schwulenorganisation
Rosa Lëtzebuerg.
Er ist überzeugt:
Eines Tages wird
die Homoehe kommen.*

(Foto: woxx)



ROSA LETZEBUERG

"Eklatante Ungerechtigkeit"

Kommt sie oder kommst sie nicht? Nachdem der Staatsrat ein kritisches Gutachten zum geplanten Partnariat vorgelegt hat, ist die Debatte um die Homoehe wieder neu entbrannt. Der CSV-DP-Entwurf bedeutet keine Öffnung der Ehe für Homosexuelle, sondern soll - ähnlich dem französischen PACS - allen Paaren eine rechtliche Absicherung gewähren, die nicht vor haben zu heiraten, egal, ob homo oder hetero. Vorgesehen ist unter anderem, die Erbschaftsteuer von 15 auf fünf Prozent für so genannte "Partnerschaften" zu senken sowie steuerliche Freibeträge.

woxx: Der Staatsrat hat Bedenken gegen das geplante Partnariatsgesetz geäußert. Dies verstoße unter anderem gegen das Diskriminierungsverbot der Europäischen Menschenrechtskonvention. Für Rosa Lëtzebuerg ein Grund zum Feiern?

François Diderrich: Wir waren eher etwas überrascht über das Gutachten des Staatsrats, besonders nachdem sich dasselbe Gremium noch vor drei Jahren in seinem Gutachten zur Homoehe viel vorsichtiger, um nicht zu sagen ablehnend, geäußert hat. Mit seiner Anlehnung an die großzügigere belgische Regelung, nach der Schwule und Lesben heiraten dürfen, spricht uns der Staatsrat selbstverständlich aus dem Herzen.

Familienministerin Marie-Josée Jacobs hat gegenüber dem Fernsehsender RTL gesagt, eine völlige Gleichstellung von Lesben und Schwulen sei politisch derzeit schwer durchsetzbar, erst recht, was den Aspekt der Adoption angeht.

Dass die Ehe für Schwule und Lesben in Luxemburg nicht so einfach durchzusetzen ist, sehe ich auch so. Ich kann das verstehen. Noch vor 30 Jahren wäre es schließlich undenkbar gewesen, dass Schwule und Lesben offiziell anerkannt zusammenleben. Das Thema ist für viele relativ neu. Das gilt erst recht für

Adoptionen durch schwule oder lesbische Eltern.

Bei unserem Benelux-Partner den Niederlanden, und auch in Schweden können gleichgeschlechtliche Paare durchaus Kinder adoptieren - sofern sie nicht aus dem Ausland kommen.

Das stimmt. Aber in anderen Ländern, in denen homosexuelle Lebensgemeinschaften anerkannt werden, bleibt das Recht auf Adoption auch weiterhin ausgeklammert. Trotzdem: Dass Schwule und Lesben Kinder aufziehen, ist schon längst gesellschaftliche Realität. Sogar hier in Luxemburg.

Ministerin Jacobs vertritt die Meinung, dass Kinder für eine gesunde Entwicklung grundsätzlich sowohl Mütter als auch Väter haben sollen. Damit wären homosexuelle Paare keine vollwertigen Familien.

Auch da muss ich wieder auf die Realität verweisen: Viele Kinder wachsen ohne Vater oder Mutter auf. Das sagt aber zunächst noch nichts über ihre Entwicklung aus. Zudem gibt es Familien, die aus zwei Elternteilen bestehen, von denen einer, meist der Vater, aber die größte Zeit abwesend ist und nicht im selben Maße erzieht wie der andere. Da fragt auch keiner nach, ob das für das Kind gut sei. Allein durch die Tatsache, dass ein Kind bei gleichgeschlechtlichen Eltern aufwächst, entstehen noch keine nennenswerten Nachteile für seine Entwicklung - das belegen Studien. Im Gegenteil: In vielen Fällen klappte die Erziehung mit Mutter und Ko-Mutter besser als beispielsweise mit biologischer Mutter und neuem Stiefvater.

Beim nächsten Regierungsrat wollen CSV und DP sich neu beraten. Die grüne Abgeordnete Renée Wagener befürchtet, dass die CSV an ihrem Partnariatsentwurf festhalten wird - Schwule und Lesben müssten dann noch viele Jahre auf ihre Gleichstellung warten. Würde sich

Rosa Lëtzebuerg auch mit der kleinen Lösung, dem Partnariat, zufrieden geben?

Nein. Wir bleiben bei unserer Forderung einer vollständigen Öffnung der Ehe. Aber ich kann nicht sagen, was morgen noch alles geschieht. Sicherlich wird von der Regierung das Argument kommen: Jetzt regeln wir das erst einmal, schaut her, wir tun etwas. Aber die Entwicklung wird den jetzigen Entwurf schon bald überholen. Die Menschen werden sich an das Bild von offiziell zusammen lebenden Schwulen und Lesben gewöhnen - und das wird weitere Schritte in Richtung Gleichstellung ermöglichen.

Einige konservative PolitikerInnen und KatholikInnen lehnen jegliche Anerkennung schwul-lesbischer Lebensgemeinschaften ab. Sie sehen den Wert der Ehe in Gefahr.

Das ist Humbug. Das Partnariat und eine Öffnung der Ehe für Schwule und Lesben schwächen nicht die Ehe - im Gegenteil: sie stärken sie eher. Paare, die sich trotz der Möglichkeit eines Partnariats für die Ehe entscheiden, tun dies, eben weil sie an den besonderen Bund der Ehe glauben. Außerdem: Die Ehe ist kein statischer Zustand, sie wandelt sich über die Jahrzehnte und je nach gesellschaftlichem Kontext. Es gab Zeiten, da war die Heirat für Menschen unterschiedlicher Hautfarbe oder Religionszugehörigkeit per Gesetz verboten. Wie wandelbar die Ehe ist, zeigt auch die Reform des Scheidungsrechts. Heute wird Heirat nicht mehr so absolut gesehen, aber darin liegt auch eine Chance. Ich denke, wer etwas für die Ehe und die Familie tun will, sollte vor allem bessere Bedingungen für Familien schaffen.

Noch einmal: Sie wollen das Partnariat partout nicht?

Wenn die Regierung keinen weiteren Vorschlag unterbreitet, wären inhaltliche Nachbesserungen am bestehenden Gesetz das Mindeste.

Welche?
Als Ort der Eintragung sollte zum Beispiel das Standesamt festgehalten werden. Wir wollen keinen 3-Jahres-Stage. Wenigstens die Paare, die schon jahrelang zusammen leben und dies amtlich machen wollen, müssen ohne Bewährungsfrist Zugang zum Partnariat erhalten. Der Staatsrat geht sogar noch weiter als wir und sagt: Abschaffen. Der Text des Partnariatsgesetzes sollte, wie vom Staatsrat empfohlen, in den Code Civil aufgenommen werden.

Die Grünen kritisieren die "droits dérivés". Die Möglichkeit, etwa Pensionsrechte zu vererben, würden nur alte finanzielle Abhängigkeiten und Rollen fortschreiben, ähnlich der deutschen Witwenrente.

Die Grünen fordern schon seit Jahren individualisierte Sozialleistungen. Das ist nicht unser Hauptanliegen. Abgeleitete Rechte im Partnariat schließen nicht aus, die Ehe künftig wirklich einmal für Schwule und Lesben zu öffnen. Anders sieht es in Deutschland aus. Dort haben Homosexuelle ein speziell auf sie zugeschnittenes Lebenspartnerschaftsgesetz - ein magerer Ersatz für die Ehe für alle.

Schwule und Lesben, die in Skandinavien, Belgien oder den Niederlanden geheiratet haben, werden hier zu Lande nicht anerkannt. Das wird sich auch mit dem Partnariatsgesetz nicht ändern.

Ja, und das kann schnell zum Bumerang werden. EU-Bürger genießen innerhalb der Europäischen Gemeinschaft Freizügigkeit. Ich stehe in Kontakt mit einem Russen, der in den Niederlanden mit einem Luxemburger verheiratet ist. Der Luxemburger hat sich entschlossen für einen Job nach Luxemburg zu kommen, dem Russen ist diese Möglichkeit verwehrt, da ihre Heirat hier nicht anerkannt wird. Dies steht in krassem Gegensatz zum Prinzip der Freizügigkeit. Ein heterosexuelles Paar hätte diese Probleme nicht. Meiner Ansicht nach ist diese Form der Diskriminierung nicht mit den EU-Richtlinien vereinbar. Am konkreten Fall merkt man übrigens erst, wie ungerecht Entscheidungen von Politikern sein können, wie sehr sie Einfluss auf das Privatleben nehmen. Um solch eklatante Ungerechtigkeiten zu vermeiden, fordern wir deshalb eine Anerkennung wenigstens der im Ausland vollzogenen Homoehen.

Wie bewerten Sie grundsätzlich die Homosexuellen-Politik der CSV und DP? Fühlen Sie sich jetzt als Wahlklientel entdeckt?

Nein, dafür müssten sie uns mehr Rechte versprechen. Ich meine, das Partnariatsgesetz kommt doch vor allem, weil der internationale Druck beständig wächst. Luxemburg hinkt in der Gleichstellung von Schwulen und Lesben hinterher - das ist weiterhin so, auch wenn es eine CSV-Ministerin war, die das schwul-lesbische Informationszentrum Cigale ermöglicht hat. Was die DP anbetrifft: Mich wundert, dass sie sich noch immer hinterm Koalitionspartner versteckt. Sie könnte sich in der Schwulenfrage links von der CSV platzieren - jetzt, wo der Wahlkampf begonnen hat.

Die Fragen stellte Ines Kurschat.